



BUND-INFORMATIONEN AUS NORDRHEIN-WESTFALEN Mai 2006

+++ Inhalt: 20 Jahre Tschernobyl, S.1 +++ 30 Jahre BUND NRW e.V., S.2 +++ Land der Kontraste, S.3 +++ BUND-Aktionen gegen Gentech, S.4 +++ Heizen mit Weizen?, S.5 +++ Steinbruch Naturschutz, S.5 +++ Widerstand gegen A4-Verlegung, S.6 +++ Ungehemmter Straßenbau, S.7 +++ Abwasserabgabe umstritten, S.8 +++

20 Jahre Super-GAU von Tschernobyl **BUND-Protest gegen RWE**

Am 26. April 1986 um 1.23:58 Uhr explodierte Block Vier des ukrainischen Atomkraftwerks „Lenin“ bei Tschernobyl. Hunderttausende wurden verstrahlt, ganze Landstriche kontaminiert. Doch trotz dieses Fanals blieb der Atomausstieg aus. Im Gegenteil: Führende Politiker und die großen Atomkonzerne beschwören eine Renaissance der Atomkraft.

Grund genug für den BUND, um anlässlich des 20. Jahrestags des Super-GAUs von Tschernobyl mobil zu machen. Unter dem Motto „Nie wieder Tschernobyl – RWE raus aus der Atomkraft!“ demonstrierte der BUND vor der RWE-Zentrale in Essen für eine Energieversorgung ohne Atomkraft. Die BUND-Aktivisten stellten vor dem Eingang des Konzerns ein drei Meter hohes Atomkraftwerk auf und forderten auf Transparenten den sofortigen Atomausstieg. Auch vor den Zentralen von Vattenfall Europe in Berlin, von EnBW in Karlsruhe und von e.on Kernkraft in München fanden zeitgleich BUND-Proteste statt.

Klaus Brunsmeier, BUND-Landesvorsitzender: „Wir fordern die Stromkonzerne auf, sich sofort aus der unbeherrschbaren Atomkraft zurückzuziehen. Für eine sichere und Klima schonende Energieversorgung muss in Erneuerbare Energien und in effiziente Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen investiert werden.“

Die Aktion war Teil einer groß angelegten Kampagne, mit der viele BUND-Gruppen landauf landab auf die unkalkulierbaren Risiken der Atomenergie aufmerksam machten.

Das RWE betreibt die Atomkraftwerke Biblis, Emsland sowie Gundremmingen und fordert gemeinsam mit anderen großen Energieversorgern eine Verlängerung der Laufzeiten für seine Atommeiler. Auch wenn mit dem AKW Würgassen am 26. August 1994 das letzte NRW-Atomkraftwerk vom Netz ging, bleibt unser Land weiterhin ein aktiver Atomstandort. In der Urananreicherungsanlage Gronau, dem Zwischenlager Ahaus und dem Forschungszentrum Jülich werden die Grundlagen für die Nutzung der Atomkraft geschaffen.



Nie wieder Tschernobyl: Am 24. April demonstrierte der BUND NRW vor der RWE-Zentrale in Essen für einen sofortigen Atomausstieg. Foto: D. Jansen

Bis heute sind an den Folgen von Tschernobyl mindestens 70.000 Menschen gestorben. Um den Reaktor ist eine Fläche von rund 40.000 Quadratkilometern – die doppelte Größe Hessens - so stark verseucht, dass sie auf Dauer unbewohnbar bleibt. Im dicht besiedelten Deutschland hätte ein Reaktorunfall oder ein terroristischer Anschlag auf ein AKW noch schlimmere Folgen. Auch eine Lösung für den strahlenden Atommüll, der mindestens eine Millionen Jahre sicher aufbewahrt werden muss, ist nicht in Sicht.

Vor diesem Hintergrund forderte der BUND den NRW-Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers auf, den wiederholt von Innovationsminister Andreas Pinkwart und Energieministerin Christa Thoben geäußerten Forderungen nach einer „Renaissance der Atomkraft“ eine klare Absage zu erteilen. Die jetzt diskutierte Verlängerung der AKW-Laufzeiten würde darüber hinaus den dringend notwendigen Umbau der Energieversorgung hin zu mehr erneuerbaren Energien und höherer Energieeffizienz weiter blockieren. (dj)

Mehr Infos: www.bund-gegen-atomkraft.de oder www.bund-nrw.de



Fit für die Zukunft: Das BUND-Team aus Landesvorstand und Landesgeschäftsstelle .

Foto: D. Schubert

30 Jahre BUND NRW e.V. Unsichtbare Erfolge

Es ist schon paradox: Ausgerechnet die Aktionen des BUND, mit denen er am erfolgreichsten war, sind unsichtbar. Jüngste Beispiele mit überregionaler Bedeutung: Keine Autobahn A 33 durch das FFH-Gebiet „Tatenhauser Wald“ oder kein Papsthügel im Schutzgebiet der „Hangelarer Heide“.

Ähnlich geht es den vielen BUND-Gruppen vor Ort: BUND-Erfolge sind häufig nicht vorhandene (sinnlose) Straßen, nicht verwirklichte (umweltunverträgliche) Bebauungspläne oder nicht gebaute (Giftmüll-)Kraftwerke. Im Gegensatz zu anderen Umwelt- und Naturschutzgruppen, deren Erfolge oft im klassischen Biotop- und Artenschutz oder im gemeinsamen Sponsoring mit großen Konzernen beheimatet sind, werden die Aktiven im BUND daher vorschnell als Verhinderer und Blockierer verunglimpft.

Dabei sind heute nicht einmal mehr genügend Mittel zum Erhalt vorhandener Infrastrukturen da, auch sind weitere neue Gewerbe- und Industriegebiete oder Großkraftwerke längst keine Lösungen aktueller Probleme. Sie sind vielmehr die Ursache für den Stillstand. Wachstum allein ist kein Allheilmittel und scheidet aufgrund der demografischen Entwicklung per se aus.

Zu Unrecht werden BUND-Aktive also als Verhinderer bezeichnet, denn mit vollem Recht müssen Fehlentwicklungen, die gegen die Allgemeinwohlinteressen gerichtet sind, vermieden werden. Dabei kann der BUND im bestmöglichen Fall - neben Öffentlichkeitsarbeit - nur seine (spärlichen) Mitwirkungsrechte wahrnehmen. Dass die heute vorherrschende und durch die Deregulierungs- und Beschleunigungsgesetze verstärkte Rechtsauffassung den BUND nicht gerade begünstigt, ist angesichts weltweiter Klimakatastrophen und fortschreitenden Artensterbens traurig genug.

Da verwundert es nicht, dass der BUND sich in den letzten 30 Jahren einen Namen eher als kritischer Umweltverband gemacht hat. Es gibt sie aber auch, die positiven, gestaltenden Projekte des BUND NRW. Ob im Naturschutzgebiet „Welter Bach“ bei Coesfeld oder im „Naturerlebnispark“ in Herten: BUND-Aktive zeigen auch, wie Naturschutz oder Umweltbildung vorbildlich gemacht werden können. Aber bei allem bleibt der BUND sich treu: Um unabhängig zu bleiben, verzichten wir generell auf institutionelle Förderung. Der richtige Weg, wie die aktuellen Entscheidungen zum Landeshaushalt in Nordrhein-Westfalen zeigen.

In den letzten 30 Jahren ist es also eine schwierige Gratwanderung für den BUND gewesen zwischen dem notwendigen Verhindern unsinniger Planungen und dem Aufzeigen zukunftsfähiger Alternativen. Mit Energiesparen und erneuerbaren Energien statt der Braunkohledeckschleuder in Neurath, mit Bus und Bahn statt Autobahnwahn, mit ökologischem Landbau und regionaler Vermarktung statt Massentierhaltung und Gentechnik hat der BUND deutliche Zeichen gesetzt.

Die aktuellen umweltpolitischen Entwicklungen erfordern es mehr denn je, dass der BUND kein bisschen leise wird. Ich hoffe sehr, dass der BUND seinem Ruf als *der* kritische Umwelt- und Naturschutzverband auch in den nächsten 30 Jahren treu bleibt, oder, wie es der ehemalige Ministerpräsident Wolfgang Clement zum 25. Geburtstag einmal formuliert hat: Dass der BUND NRW ein schwer erziehbare Kind des Landes Nordrhein-Westfalen bleiben möge!

Mit herzlichem Dank an alle Aktiven, Förderer und Sympathisanten des BUND NRW e.V.

Klaus Brunsmeier
Landesvorsitzender



BUNDjahresbericht 2005

Auch das 30. Jahr des BUND NRW war wieder sehr ereignisreich. Wer mehr über die vielfältigen Aktivitäten des nordrhein-westfälischen Landesverbands erfahren möchte, dem sei der jetzt erschienene Jahresrückblick empfohlen.

Ihn gibt's zum Runterladen unter www.bund-nrw.de.

Neues BUNDjugend-Projekt

Land der Kontraste - NRW

Seit Anfang des Jahres wächst das „Land der Kontraste“ - ein zweijähriges Projekt, das von der BUNDjugend NRW durchgeführt und von der Nordrhein-Westfälischen Stiftung für Umwelt und Entwicklung gefördert wird. Kern ist ein landesweiter Wettbewerb für Jugendliche von 15 bis 25 Jahren, der im Mai 2006 zum ersten Mal starten wird.

Im Rahmen des Wettbewerbs setzen sich Jugendliche kreativ mit den landschaftlichen, kulturellen und umweltpolitischen Kontrasten auseinander, die Nordrhein-Westfalen prägen. Die Wettbewerbsbeiträge können in den Sparten Musik, Text, Theater, Foto oder Kurzfilm entstehen.

Durch die intensive Beschäftigung mit dem „Land der Kontraste“ wird das Verantwortungsbewusstsein der Jugendlichen für „ihr“ Bundesland geweckt. Das daraus entstehende Engagement für eine nachhaltige Entwicklung ist ausdrückliches Ziel des Wettbewerbes.

Dabei werden die Jugendlichen durch Informationsmaterialien, eine Homepage und begleitende Veranstaltungen von der BUNDjugend NRW unterstützt. Methodenworkshops liefern das kreative Handwerkszeug zur Erstellung eines Beitrags. Andere Angebote vermitteln einen Einblick in die Gegensätze Nordrhein-Westfalens und ermöglichen die Auseinandersetzung mit Land und Leuten.

Den Auftakt des ersten Wettbewerbzeitraums bildet der „Lauf der Kontraste“, eine Durchquerung des Bundeslandes durch einen oder mehrere Freiwillige zu Fuß. Entlang der Strecke kann über die Lokalmedien vom Lauf und vom Land der Kontraste berichtet werden. Für den Lauf der Kontraste erhofft sich die

BUNDjugend die Unterstützung der Kreis- und Ortsgruppen: Sie können den Kontakt zu den Medien herstellen und logistische Hilfestellung übernehmen.

Gabi Diethers

Grüner Wall im Westen

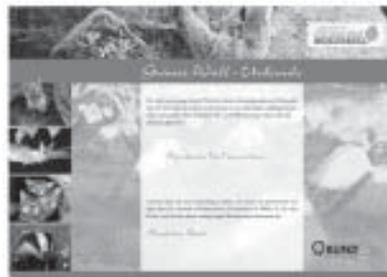
Schöner Spenden

Gelingt es dem BUND, große Teile der ehemaligen Westwallanlagen langfristig zu bewahren, sichert dies auch das Überleben der dort ansässigen Pflanzen und Tiere. Um dies zu erreichen sind erhebliche finanzielle Anstrengungen erforderlich.

Unterstützern des Projektes „Grüner Wall im Westen“ bietet der BUND für eine Spende ab 65 Euro jetzt eine aufwendig gestaltete, personalisierte „Grüner Wall-Patenschafts-Urkunde“ an. Diese spiegelt die Artenvielfalt am Grünen Wall wider und eignet sich besonders auch als sinnvolles Geschenk zu Geburtstagen, Jubiläen etc.

Ein besonderes Plus: Alle „Grüner Wall-Paten“ werden im Herbst 2006 von Projektleiter Sebastian Schöne zu einer naturkundlichen Studienexkursion an den Grünen Wall in der Nordeifel eingeladen.

Schauen Sie auch auf die Projekt-Homepage: www.gruenerwallimwesten.de. Hier finden Sie alle wichtigen Infos rund um das Projekt und ein aktuelles Gewinnspiel. (sh)



Gesucht: Die BUNDjugend sucht nach einem Kontraste-Läufer, der NRW durchqueren will. Wer Interesse hat oder jemanden im Bekanntenkreis empfehlen möchte, kann sich gerne melden bei: Land der Kontraste-Team, Tel. 02921-33640.

Mehr Informationen gibt es unter: www.kontraste-nrw.de

BUND-Aktionen gegen den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen

Aktiv für eine gentechnikfreie Landwirtschaft in NRW

Mit Beginn der neuen Anbausaison heißt es wieder: Aufgepasst! Für mehrere Orte in Westfalen und im Rheinland ist der Anbau von genmanipuliertem Mais angemeldet. Direkt zu Jahresbeginn trug der BUND NRW den geplanten Anbau des Gen-Mais MON810 auf zwei Äckern in Greven und Borken in die Medien und löste damit eine Welle kontroverser Diskussionen, Veranstaltungen und Berichte aus, wie sie das Münsterland in Sachen Gentechnik noch nie zuvor erlebt hatte.

Die gentechnisch veränderte Maispflanze produziert in all ihren Zellen ein giftiges Protein, das insbesondere die Larven des Maiszünslers (Schmetterling) abtötet und die Pflanze so vor Fraß

schützen soll. Dass somit ein Insekt abgewehrt werden soll, das in NRW wie im Großteil Deutschlands überhaupt nicht auftritt, ist ebenso absurd wie die Tatsache, dass nach Bekanntwerden des geplanten Anbaus dessen Umfang ohne Angabe von Gründen plötzlich auf ein

Fünzigstel (Greven) bzw. ein Sechstel (Borken) reduziert wurde. Eine solide Anbauplanung sieht anders aus...

Dennoch: Auch auf verkleinerter Fläche entfaltet der Gen-Mais Wirkungen, die viel weiter gehen, als seine Entwickler wahrhaben wollen. Versuche zeigen, dass auch andere Insekten geschädigt werden können, dass der Stängel der MON810-Pflanze ganz unerwartet einen erhöhten Anteil an Lignin enthält und schwerer zersetzbar ist, dass sich Trauermückenlarven nur verzögert im Boden entwickeln, dass der Maiszünsler Resistenzen entwickeln kann...

„Kein Genmais auf unseren Äckern“ – unter diesem Motto protestierte daher der BUND zusammen mit vielen anderen Verbänden am 3. März vor den Toren des Saatgutunternehmens Limagrain in Greven gegen dessen geplanten Anbau. Der gemeinsame Protest von Landwirten und Umweltschützern, ausgestattet mit Traktoren, Bannern und Maiskolbenkostüm und in Begleitung einer Kuh war für alle Beteiligten sehr motivierend: Für Juni ist ein gemeinsamer Sonntags-spaziergang zur Anbaufläche geplant!

Auch in Borken wächst der Widerstand. Bei einer gemeinsamen Aktion der BUND-Kreisgruppe Borken und des BUND-Landesverbandes bildeten 50 frostsicher Gekleidete eine spontane Menschenkette entlang des Ackers. Ein massives Holzschild am Feldrand mahnt bis heute: „Gentechnik bleibt ein Risiko!“ Weitere Aktionen und Veranstaltungen zusammen mit anderen Gruppen und Landwirten sind bereits in Vorbereitung.

Gemeinsam Handeln!

Nicht nur im Münsterland vernetzen sich immer mehr Gruppen und Verbände für den gemeinsamen Protest, auch das landesweite ‚Bündnis für den Erhalt einer gentechnikfreien Landwirtschaft in NRW‘, in dem sich knapp dreißig Anbau- und Umweltverbände, Lebensmittelverarbeiter, der Naturkosthandel, die Verbraucherzentrale NRW und Einzelbetriebe zusammengeschlossen haben, entwickelt sich stetig weiter. Ob politische Gespräche, Pressearbeit oder Aktionen vor Ort: Gemeinsam können wir einiges auf die Beine stellen! Der BUND wirkt in dem Bündnis aktiv mit und stellt einen der beiden SprecherInnen.

Informationen nutzen!

Nicht nur in Greven und Borken, auch in Köln und Aachen ist Gentech-Anbau geplant. Hinzu kommen so genannte ‚Freisetzungen‘ insbesondere von Raps zu Forschungszwecken, die jedoch erst drei Tage vor Aussaat bekannt gemacht werden müssen und deren Standorte deshalb der Öffentlichkeit vorab weitgehend unbekannt sind. Die NRW-Landesregierung wie auch die Bundesregierung beabsichtigen, das geltende Gentechnikrecht erheblich zugunsten des Gentech-Anbaus aufzuweichen und dabei auch die Information der Öffentlichkeit einzuschränken. Der BUND NRW wird dies nicht hinnehmen und deshalb auch weiterhin alle ihm bekannten Flächen mitsamt Karte in seine Homepage einstellen. (rb)

Weitere Infos:

Umfangreiche Informationen rund um Gentechnik in der Landwirtschaft, den NRW-Anbauflächen, Protestaktionen und das Gentechnik-Bündnis gibt es unter www.bund-nrw.de/landwirtschaft.htm



In Borken (oben) und Greven (u.l.) protestierte der BUNDgemeinsam mit anderen Verbänden gegen den Anbau von Genmais.

Fotos: std, R. Bilke



BUNDposition zur Getreideverbrennung:

Weizen zum Heizen?

Die Diskussion über das Verbrennen von Getreide zur Energiegewinnung schlägt hohe Wellen. Im Mittelpunkt steht dabei weniger die Verwertung von z.B. verschimmeltem Weizen und Roggen, der als Lebens- und Futtermittel untauglich ist, als vielmehr die Verbrennung von nur schlecht bzw. zu geringen Preisen vermarktbarem Getreide und der gezielte Anbau von ‚Energiegetreide‘ mit möglichst hohem Brennwert. Reines Getreide darf immissionsschutzrechtlich nur mit einer Ausnahmegenehmigung verheizt werden. Nach einem Erlass des NRW-Umweltministeriums vom Dezember 2005 kann diese für solche Körner erteilt werden, die nicht nahrungsmitteltauglich sind. Das Verbrennen von speziell gezüchtetem ‚Energiegetreide‘ wäre in NRW damit zulässig.

Doch ist Getreideverbrennung ökologisch sinnvoll? Ist sie eine wirtschaftliche Perspektive für unsere Landwirtschaft? Ist sie ethisch vertretbar?

Der Großteil der in der Fachpresse publizierten Beiträge beschränkt sich auf rein technische Aspekte sowie betriebswirtschaftliche Kalkulationen. Im Mittelpunkt stehen Ofentechnik, Verbrennungsrückstände, Düngergaben und Emissionen, während eine Einordnung in agrarpolitische und ökologische Zusammenhänge oft unterbleibt.

Genau diese Diskussion möchte der BUND NRW mit einem aktuellem Positionspapier beleben. Sein Fazit: Die Verbrennung von lebensmittel- und futtermitteltauglichem Getreide sowie von gezielt zu diesem Zweck angebautem ‚Energiegetreide‘ ist aus vielerlei Gründen abzulehnen. Zugleich sollte aber auch die ethische Diskussion grundlegender geführt werden: Auch Mais und Raps werden schon seit langem nicht allein zur Ernährung, sondern auch für andere Zwecke angebaut. In kaum einen anderen Wirtschaftsbereich herrscht ein derartiges Preisdumping wie bei der Erzeugung von Nahrungsmitteln und geizen die Verbraucher so sehr. Zeigt dies womöglich die gleiche Geringschätzung von Lebensmitteln, die auch der Getreideverbrennung zu Grunde liegt? (rb)

Hinweis: Die BUND-Position „Anbau und Verbrennung von Getreide zur Energiegewinnung“ sowie der Erlass des NRW-Umweltministeriums zur Getreideverbrennung in Kleinf Feuerungsanlagen ist unter www.bund-nrw.de/getreideverbrennung.htm in der BUND-Homepage eingestellt.



Vom Acker in den Ofen? Der BUND lehnt eine Verbrennung von Getreide ab.

Foto: Landwirtschaftskammer

„Modellregion Ostwestfalen-Lippe“ Steinbruch Naturschutz

Die Stiftung für die Natur Ravensberg mit Sitz in Kirchlengern (Kreis Herford) hat jetzt eine 17-seitige Denkschrift unter dem Titel „Steinbruch Naturschutz“ herausgegeben. Darin werden die aktuellen Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen, insbesondere jedoch auch die von Ostwestfalen ausgehenden Aktivitäten im Rahmen der Verwaltungsstrukturreform und der „Modellregion OWL“ beleuchtet.

Die massiv gegen den Naturschutz gerichteten Entwicklungen führten Ende April dazu, dass sich die Bezirkskonferenz Naturschutz im Regierungsbezirk Detmold entschlossen hat, die Mitwirkung an dem Projekt „Wirtschaftsnahe Verwaltung“ im Rahmen der „Modellregion OWL“ einzustellen. Letztendlich war der Landesregierung ein Vorschlag zur Strukturreform der Umweltverwaltung vorgelegt worden, der zwar ureigenste Belange des Umwelt- und Naturschutzes berührt, die Vorschläge der Naturschutzverbände aber unberücksichtigt lässt. Eine möglicher Konsens im Hinblick auf die „Modellregion OWL“ wurde damit vorsätzlich verhindert.

Karsten Otte, Sprecher der Bezirkskonferenz Naturschutz, beleuchtet die Hintergründe:

„Zentraler Kritikpunkt ist die angestrebte Kommunalisierung von Natur- und Umweltschutzentscheidungen. In Zeiten dramatisch geleerter Stadtkassen und zunehmend verfallender politischer Kultur ist es keine gute Idee, den Feierabendpolitikern in den



Der Autor, Karsten Otte, ist Sprecher der BUND-Ortgruppe Hiddenhausen und der Bezirkskonferenz Naturschutz im Regierungsbezirk Detmold. Mail-Kontakt: ko@obsthof-otte.de

Hinweis: Die Denkschrift „Steinbruch Naturschutz“ ist zu beziehen bei der Stiftung für die Natur Ravensberg, Am Herrenhaus 27, 32278 Kirchbergen, oder als Download unter www.stiftung-ravensberg.de

Kreistagen das letzte Wort in Sachen Naturschutz zu überlassen. Die bisher ausgeübte rechtliche und fachliche Kontrollfunktion der Höheren Landschaftsbehörde, die nach dem in der Bezirksregierung Detmold entwickelten Modell nur noch etwa 15 % ihrer Aufgaben behält, würde entfallen. Damit auch das Widerspruchsrecht des Unteren Landschaftsbeirates, der dann zum zahnlosen Tiger verkommt. Diese Entwicklung führt absehbar zu einem Missbrauch der dann bei Landräten und Kreistagen geballten und unkontrollierten Macht. Die Fachkompetenz bleibt dabei ganz auf der Strecke.

Die Landesregierung schwelgt zwar einerseits in positiven, aber wolkigen Absichtserklärungen zur Erhaltung der Natur, andererseits wird knallharte Politik dagegen betrieben: „Wir wollen den Naturschutz zugunsten der Wirtschaft aufweichen.“ (O-Ton Umwelt-Staatssekretär Schink). Die 100 neuen Alleen des Ministerpräsidenten Rüttgers sind dabei reine Symbolpolitik.

Hart zu kritisieren ist auch die so genannte „Modellregion OWL“. Diese von der OWL-Marketing GmbH (- einer je 50%igen Gesellschaft von Landräten und 100 großen Unternehmen in OWL -) hat die Initiative „Wirtschaftsnahe Verwaltung“ vor vier Jahren ins Leben gerufen, um den allseits geforderten Bürokratieabbau modellhaft in Ostwestfalen auszuprobieren.

Die Naturschutzverbände - vertreten durch die Bezirkskonferenz Naturschutz - haben an den

„Die „Modellregion OWL“ ist ein trojanisches Pferd der Wirtschaft, dass unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus bürgerschaftliche Mitwirkungsrechte einschränken will.“

Karsten Otte, Sprecher der Bezirkskonferenz Naturschutz im Regierungsbezirk Detmold

Beratungen teilgenommen, haben eigene Vorschläge eingebracht und so lange auf einen regionalen Konsens hingearbeitet, wie dieser für die Erhaltung der natürlichen Ressourcen in unserer Region vertretbar erschien. Leider haben nach der Landtagswahl ganz andere Kräfte die Oberhand in dieser Gesellschaft erhalten, und die Modellregion - ein wirklich innovativer Ansatz mit allen Interessengruppen an einem Tisch und auf gleicher Augenhöhe - zu einem simplen Stichwortgeber für die

Reduzierung von Mitwirkungsrechten der Naturschutzverbände gemacht!

Diese „Politik auf Zuruf“, die die Nutznießer der angestrebten Kommunalisierung betreiben, kann von den Naturschutzverbänden nicht mehr mitgetragen werden, zumal es in jüngster Vergangenheit erhebliche „Unsportlichkeiten“ gegeben hat. Welch kleiner Geist reitet diese Leute, eine so kreative Idee zu opfern, um kurzfristig Vorteile für ihr politisches Tagesgeschäft zu erlangen?

Letztendlich ist die „Modellregion OWL“ ein trojanisches Pferd der Wirtschaft, dass unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus bürgerschaftliche Mitwirkungsrechte einschränken will. Das ist kein Bürokratie- sondern Demokratieabbau. Das „Jahr des Ehrenamts“ 2005 ist gerade vorbei - man kann also wieder zur Tagesordnung übergehen.“

Karsten Otte

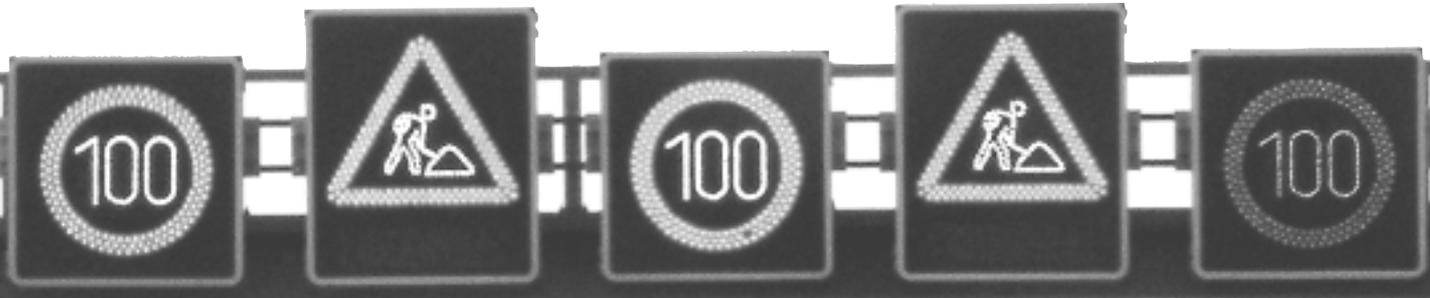


Nach Ende des A 4-Erörterungstermins:

Weiter Widerstand gegen Autobahn-Verlegung

Nach mehr als 50-stündiger Verhandlung ging Ende April in Bergheim der Erörterungstermin zur geplanten Verlegung der Autobahn 4 im Bereich des Braunkohlentagebaus Hambach zu Ende. Die Kritikpunkte der mehr als 1.200 Einwander konnte indessen nicht ausgeräumt werden, weshalb das Fazit von BUND und Bürgerinitiativen eindeutig ausfällt: „Eine Verlegung der A 4 ist unnötig, wäre unzumutbar für die Bevölkerung und in höchstem Maße umweltschädlich.“

Frühestens im Jahre 2017 soll der vorrückende Tagebau Hambach die jetzige Trasse erreichen. Eine Notwendigkeit einer Verlegung zum derzeitigen



Zeitpunkt besteht damit nicht. Die Verlegung ist aber nicht nur überflüssig, ihr stehen auch gravierende naturschutzrechtliche Belange entgegen. Bechsteinfledermaus, Kammolch und Springfrosch sind nur einige der massiv beeinträchtigten Arten. Der „Gipfel planerischen Irrsinns“ ist sicherlich, dass ausgerechnet im Bereich europarechtlich geschützten FFH-Gebiets Steinheide eine Park- und WC-Anlage geplant ist.

Tausende Bürgerinnen und Bürger in Arnoldsweiler, Ellen, Buir und Kerpen würden zusätzlichen inakzeptablen Lärm- und Feinstaubbelastungen ausgesetzt. Etwa 350 Haushalte würden derart nachhaltig verlärmert, dass ein Aufenthalt im Freien oder Schlafen bei offenen Fenstern unmöglich wird. Nur durch passive Lärmschutzmaßnahmen können die geltenden Immissionsgrenzwerte eingehalten werden, womit sich die Betroffenen geradezu einbunkern müssen, um dem Dauerlärm zu entgehen. Dazu kommen enorme Wertverluste bei Hunderten von Immobilien.

Die Ortschaft Geilrath würde durch die verschiedenen tagebaubedingt verlegten Verkehrswege geradezu eingekesselt. Die Bemerkung des Chefs des Landesbetriebs Straßenbau NRW, Jürgen Jacobs, die Geilrath bekämen eine „gute Verkehrsanbindung“ klingt vor diesem Hintergrund geradezu zynisch. Eine objektive Prüfung aller Trassenvarianten zur Verminderung der nachteiligen Auswirkungen unterblieb indessen.

Umstritten ist auch die Finanzierung: Der Landesbetrieb Straßenbau NRW wollte so etwa nicht bestätigen, dass bei der Auswahl der Varianten die für den Bund - sprich: Steuerzahler - kostengünstigste ausgewählt wurde. Das bestärkt den BUND in der Auffassung, dass die vom Tagebaubetreiber verursachten Folgekosten wieder einmal auf die Allgemeinheit umgelegt werden sollen. Laut Antragstellerin

verursacht das Vorhaben Kosten in Höhe von 135 Mio. Euro, von denen laut gewähltem Verteilungsschlüssel nur etwa die Hälfte von der RWE Power AG übernommen werden sollen.

Nach Abschluss des Marathon-Erörterungstermins prüfen der BUND und die Bürgerinitiativen jetzt die Möglichkeit einer Klage. (dj)

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/braunkohle

Integrierte Gesamtverkehrsplanung Ungehemmter Straßenbau

Nordrhein-Westfalen droht eine Verkehrswende der unerwünschten Art. Trotz weiterhin eklatanter Defizite im Hinblick auf eine umweltgerechte Mobilität kündigte Verkehrsminister Oliver Wittke eine noch stärkere Bevorzugung des Straßenverkehrs an und will sich von einer integrierten Gesamtverkehrsplanung (IGVP) verabschieden.

Im Mai 2000 hatte der Landtag Nordrhein-Westfalen die integrierte Gesamtverkehrsplanung gesetzlich geregelt. Diese basiert auf den Arbeiten der Enquete-Kommission „Zukunft der Mobilität“, die sich umfassend mit Möglichkeiten zur Lösung der zukünftigen Verkehrsaufgaben auseinander gesetzt hat.

Ursprünglich sollten die Projekte nicht nur für die Vorhabenstrecke selbst, sondern in ihrem gesamten Netzzusammenhang untersucht werden. Dies hätte die Einschätzung der verkehrlichen Wirksamkeit deutlich verbessert. Auch sollten ursprünglich Wirkungen auf die Umwelt in die Entscheidung über Projekte einfließen.

Stattdessen machte Verkehrsminister Wittke jetzt einen Kosten-Nutzen-Quotienten zum alleinigen Maßstab für die Aufnahme in den Bedarfsplan. Dieser Quotient wird aus dem Vergleich von in Geld umgerechneten Nutzen und Kosten eines Projektes errechnet. Bei den Straßenvorhaben bestimmen diesen Quotienten vor allem die Dauer der Beteiligung am Personen- oder Güterverkehr und die Verkehrssicherheit. Bei den Schienenvorhaben werden die Dauer der Beteiligung am Verkehr sowie die Warte- und Anschlusszeiten berücksichtigt; wirksam sind aber vor allem belastende Kriterien wie Betriebskostengrund-



Foto: D. Jansen

werte, Unterhaltungskosten und CO₂-Emissionen/Energieverbrauch.

Alle weiteren Umweltwirkungen wie die Betroffenheit von Schutzgebieten, Biotopverbundflächen, Inanspruchnahme von Flächen, Zerschneidung von Lebensräumen sind in einer weiteren Analyse enthalten. Die Ergebnisse dieser Nutzwertanalyse werden nur als ergänzende Hinweise genutzt. Ihre Ergebnisse bleiben bei der Entscheidung über ein Projekt ohne Bedeutung.

Auch wurde keine FFH-Verträglichkeitsprüfung durchgeführt, obwohl einige Planungen deutlich in FFH- oder Vogelschutzgebiete eingreifen. Damit wurden europäische Vorgaben verletzt. Deshalb befürchtet der BUND, dass die Umsetzung des gesamten Bedarfsplanes und damit auch wichtige Projekte des ÖPNV verzögert werden

Verschärft wird diese Situation noch durch die bevorstehende Kürzung der Regionalisierungsmittel. Damit droht eine weitere Ausdünnung des Schienenverkehrs in Nordrhein-Westfalen. (sg)

dass zur Erreichung der Ziele der Wasser-Rahmenrichtlinie dringend benötigt wird. „Mit der Abwasserabgabe wurden bislang erhebliche Erfolge bei der Gewässerreinigung erzielt und zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung von Bächen und Flüssen ermöglicht,“ sagt Paul Kröfges, stellvertretender Landesvorsitzende des BUND.

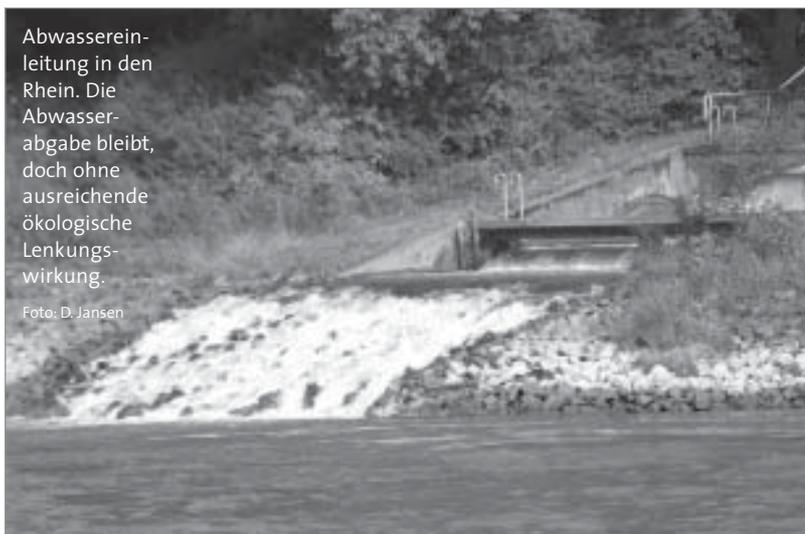
Mehr als 438 Mio. EUR wurden im Rahmen des bisherigen Investitionsprogramms der früheren Landesregierung unter dem Titel „Nachhaltige und ökologische Wasserwirtschaft in mehr als 65.000 Einzelmaßnahmen des Gewässerschutzes investiert. Dazu gehörte die Ertüchtigung von Kläranlagen, die Sanierung von Kanalisationen oder die Förderung besonders Gewässer schonender Produktionsverfahren. Auch die Entsiegelung von Flächen, Dachbegrünung und Regenwassernutzung wurden gefördert. Doch dieses Programm endete zum 31.12.2005.

Jetzt hat die Landesregierung einen Entwurf für ein neues Förderprogramm vorgestellt, das den Titel „Investitionsprogramm Abwasser NRW“ trägt. Es ist ausschließlich auf die Umsetzung von technischen Maßnahmen fixiert (Kläranlagenbau, Produktionsprozesse, Kanalbau) und richtet sich damit vor allem an Anlagenbetreiber und Behörden. Die Fortführung des Aktionsprogramms naturnahe Gewässer und die Förderung von Forschungsvorhaben aus dem Bereich Gewässerreinigung sind stattdessen gestrichen worden.

Die Umweltverbände in NRW haben diese Pläne einer kritischen Bewertung unterzogen und halten sie für nicht ausreichend. Sie fordern für die zukünftige Verwendung der Abwasserabgabe drei Schwerpunkte:

- Optimierung der Effizienz der Abwasserreinigung durch Maßnahmen die die Reinigungsleistung der Kläranlagen verbessern, Konzepte zur Energieeinsparung in der Abwasserbehandlung und die Vermeidung von Regenwassereinleitungen in die Kanalisation und die Gewässer aus dem Siedlungsbereich.
- Verbesserung der Gewässerökosysteme durch naturnahe Entwicklung der Bäche und Flüsse sowie Förderung von nutzungsfreien Uferstreifen.
- Förderung von Forschung und Entwicklung mit Abwasserbezug, z.B. um die Auswirkungen der vielen Chemikalien in unseren Gewässern auf die Lebewelt zu erforschen und die Abwassertechnik fort zu entwickeln.

Nur so können nach Auffassung des BUND die hohen Anforderungen der Europäischen Wasser-Rahmenrichtlinie bis zum Jahr 2015 erfüllt werden. (ca)



Abwassereinleitung in den Rhein. Die Abwasserabgabe bleibt, doch ohne ausreichende ökologische Lenkungswirkung.

Foto: D. Jansen

Streit um Gewässerschutz

Abwasserabgabe auf dem Prüfstand

Mehr Infos:
www.wassernetz-nrw.de

Ist die Abwasserabgabe ein ökologisches Lenkungsinstrument oder eine unnötige Belastung für den Bürger? Anlässlich einer Anhörung im Landtag zur zukünftigen Vergabe der Mittel aus der Abwasserabgabe wurde darüber kontrovers diskutiert.

Eines ist bereits klar, die Abwasserabgabe wird bleiben. Denn sie spült eine Menge Geld in die Kassen,

IMPRESSUM: Das *NRW-Info* wird herausgegeben vom **Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.** ♦ **Anschrift:** BUND NRW e.V., Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, Tel.: 0211/302005-0, Fax: 0211/302005-26, eMail: bund.nrw@bund.net, www.bund-nrw.de ♦ **Vi.S.d.P.:** Klaus Brunsmeier, Landesvorsitzender ♦ **Redaktion & Layout:** Dirk Jansen (dj), Geschäftsleiter; dirk.jansen@bund.net ♦ **Mitarbeit:** Christoph Aschemeier (ca), Jochen Behrmann (jb), Ralf Bilke (rb), Stephan Günthner (sg), Silke Höfs (sh) ♦ **Auflage:** 15.700 ♦ **Druck:** Brühlsche Universitätsdruckerei Gießen ♦ **BUND-Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln, BLZ: 370 205 00, Konto-Nr. 8 204 700 ♦ **Hinweis:** Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder! ♦ Das *NRW-Info* erscheint viermal im Jahr. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 30.06.2006 ♦ © BUND NRW Mai 2006

(Nachdruck oder sonstige Verwertung nur mit Genehmigung des BUND NRW.)